

Initiative der SPD-Fraktion: Klimanotstand für Wasserburg ausgerufen 🇩🇪



Das Thema Klimaschutz ist in aller Munde. Auch der Stadtrat Wasserburg befasste sich damit und beschloss symbolisch den „Klimanotstand“ für Wasserburg auszurufen. Unser Bild entstand bei der „Fridays for Future“-Demo vergangene Woche am Marienplatz. Klemm

Der Wasserburger Stadtrat hat sich in jüngster Sitzung mit Klima-Themen befasst. Nach langer Diskussion wurde der Klimanotstand ausgerufen. Damit folgte das Gremium einer Initiative der SPD-Fraktion.

Wasserburg – Alles dreht sich ums Klima – das Wort, verbunden mit Katastrophe, Krise oder einfach nur Wandel, beherrscht die Diskussion, weltweit, in Deutschland und auch in Wasserburg.

Zweieinhalb Stunden lang beschäftigte sich der Stadtrat mit dem Thema, hörte zuerst den Sachstandsbericht des Klimaschutzmanagers der Stadtwerke, Josef Allio, in dem es um die Umsetzung der Klimaschutzbeschlüsse der Stadt ging. Und debattierte anschließend darüber, ob der Klimanotstand für Wasserburg ausgerufen werden soll. Diese Initiative fand letztlich eine knappe Mehrheit.

Intensive und lebhaft Debatte

Es war eine außergewöhnliche Sitzung, die intensiv und lebhaft verlief, aber im Wesentlichen sachlich blieb.

Der Vortrag des Klimaschutzmanagers drehte sich vor allem um den Energieverbrauch. Allio konfrontierte den Stadtrat mit einer Vielzahl von Grafiken und Zahlen, berichtete von Überprüfungen mehrerer städtischer Liegenschaften in Sachen Energieeffizienz – zum Beispiel Kindergarten, Bauhof und Grundschule.

Die Solaranlage in der Grundschule Reitmehring, so ein Ergebnis, habe zunächst „sehr, sehr wenig Ertrag“ gebracht. Mit einigen wenigen Einstellungsänderungen sei eine enorme Verbesserung erreicht worden. Die technische Erneuerung des Stadtarchivs erfolge ebenfalls unter dem Blickwinkel des Energieverbrauchs.

Lesen Sie auch: [Wasserburg streitet um die Klimaschutzpolitik](#)

Bei der Umrüstung der Elektrik in den Parkhäusern sprach Allio von Erfolgen: Von 480 000 Kilowattstunden pro Jahr konnte der Stromverbrauch auf 190 000 Kilowattstunden reduziert werden.

Und auch bei der Anzahl der Ladepunkte für Elektroautos steht Wasserburg gut da: 17 sind es in der Stadt. „Wir sind im Verhältnis europaweit auf einem Spitzenplatz“, so Allio. Weitere Ladepunkte sollen folgen.

Gleichzeitig wies er darauf hin, dass in Wasserburg der Löwenanteil der thermischen und elektrischen Energie nun einmal von der Industrie verbraucht werde: „Mehr als drei Viertel.“ Die Grafiken, die er auf die Leinwand warf, zeigten, wie klein der Anteil der Privatverbraucher ist. Eine Besonderheit Wasserburgs.

Bürgermeister Michael Kölbl betonte, dass alle städtischen Gebäude mittlerweile mit Ökostrom versorgt würden.

Stadt erreicht selbst gesteckte Ziele nicht

Die Präsentation des Klimaschutzmanagers war der Ausgangspunkt für eine breite Debatte im Gremium rund den Klimaschutz. Stadtrat Christian Stadler (Grüne) sagte, er finde es irritierend, dass die eigentlichen Ziele, „die wir uns im Jahr 2008 gesetzt haben – 40 Prozent CO₂-Einsparung bis 2020 und 80 Prozent bis 2050“, keine Erwähnung finden. „Das ist traurig.“ Er kritisierte in diesem Zusammenhang den Wasserburger Energiedialog, dem er Untätigkeit vorwarf.

Christine Mayerhofer (SPD) entgegnete, es sei einiges in die Gänge gekommen. „Wir könnten aber noch mehr erreichen, wenn wir alle an einem Strang ziehen.“ Damit spielte sie auf den Rückzug der Grünen aus dem Arbeitskreis an, den diese wieder rückgängig machen sollten. Sie fuhr fort: „Es geht darum, die Leute zu motivieren, ihre alten Heizungen auszutauschen und sie für regenerative Energien zu gewinnen.“

+++

Tipp der Redaktion: Kennen Sie schon unseren kostenlosen Feierabend-Newsletter? Die Top-Themen der Region um 17 Uhr per E-Mail – sauber ausrecherchiert und aufgeschrieben von Ihrer OVB-Redaktion. [Jetzt Newsletter ausprobieren!](#)

+++

Sophia Jokisch (Linke Liste) sagte: „Es fühlt sich so an, als würden wir auf der Stelle treten.“ Sie habe aber schon den Eindruck, dass „wir in der Stadt gute Arbeit leisten“.

Letztendlich sei der Gesetzgeber zuständig. Kölbl wies auf die 17 000 Autos hin, die täglich über die Innbrücke fahren würden. „Das werden wir morgen nicht ändern – und auch nicht ändern können.“

Friederike Kayser-Büker (SPD) forderte eine aussagekräftige Statistik, bessere Kommunikation und ein „effektives Klimapaket“. Hermann Budenhofer (FW Reitmehring) warf ein, die Bahn „zur Klimaverbesserung“ wieder in die Altstadt fahren zu lassen.

Lesen Sie auch: [„Konstruktive und kreative Lösungsvorschläge“ für ein CO₂-neutrales Wasserburg](#)

Die Klima-Debatte beherrschte auch den nächsten Tagesordnungspunkt, in dem es um einen Antrag der SPD vom Juli ging: Für Wasserburg soll nach dem Willen der Fraktion nach Konstanzer Vorbild der Klimanotstand beschlossen werden.

Hintergrund dieser auf den ersten Blick drastisch wirkenden Maßnahme soll vor allem eine Sensibilisierung aller beteiligten Akteure sein, heißt es. Die Auswirkungen auf den Klimaschutz müssten bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden. Freilich ist „Klimanotstand“ laut dem Juristen Kölbl ein „symbolischer Begriff ohne juristische Grundlage.“ Ein Umstand, den auch die SPD anerkennt.

Wolfgang Janeczka (SPD) verwies auf 57 Städte, die sich in Deutschland zu diesem Schritt bereits entschlossen hätten.

„Wir wollen, dass in Wasserburg noch deutlich mehr für den Klimaschutz getan wird und die künftigen Stadtratsentscheidungen künftig auch unter dem Aspekt der Auswirkungen auf das Klima getroffen werden.“

Kayser-Büker ergänzte: „Wir können es noch besser, und dafür ist dieser Antrag auch da.“ Für Peter Stenger (SPD) ist die Initiative ein Weckruf: „Warum können wir denn das Kind nicht beim Namen nennen? Warum sollen wir nicht mal schockieren?“

In Landwirtschaft ist Notstand erlebbar

Josef Baumann (FW Reitmehring) sieht mit Blick auf die Landwirtschaft den Begriff Notstand durchaus gerechtfertigt. Bei mehreren anderen Mitgliedern des Gremiums stieß das Wort allerdings auf Widerstand, die Forderung nach einer positiveren, abgemilderten Formulierung kam auf. Stadtbaumeisterin Mechtild Herrman gab zu bedenken: „Wie sollen wir den Beschluss umsetzen?“

Bei der Abstimmung gab es eine knappe Mehrheit (elf zu zehn Stimmen), für Wasserburg den Klimanotstand zu beschließen. Der entschärfte Alternativvorschlag „Der Stadtrat erkennt den weltweiten Klimanotstand an“ war damit vom Tisch.

Lesen Sie auch: [Autofreie Altstadt Wasserburg: Diskutieren über Chancen und Risiken](#)

Mit 14 zu sieben Stimmen wurden als weitere Punkte beschlossen:

- Der Klimaschutz und damit die Notwendigkeit der Vermeidung des Ausstoßes klimaschädlicher Emissionen und deren weitreichenden Auswirkungen wird deshalb als Aufgabe höchster Priorität anerkannt.
- Es soll bei jedem Beschluss über Vorhaben und Planungen der Stadt und der Stadtwerke unter dem Feld „Finanzielle Auswirkungen“ ein Feld mit dem Titel „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ geben.
- Der erste Bürgermeister bzw. der Klimaschutzmanager sollen dem Stadtrat und der Öffentlichkeit einmal im Jahr über Fortgang und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht erstatten.

[Zurück zur Übersicht: Wasserburg](#)



KOMMENTARE

▼ [Kommentar verfassen](#)